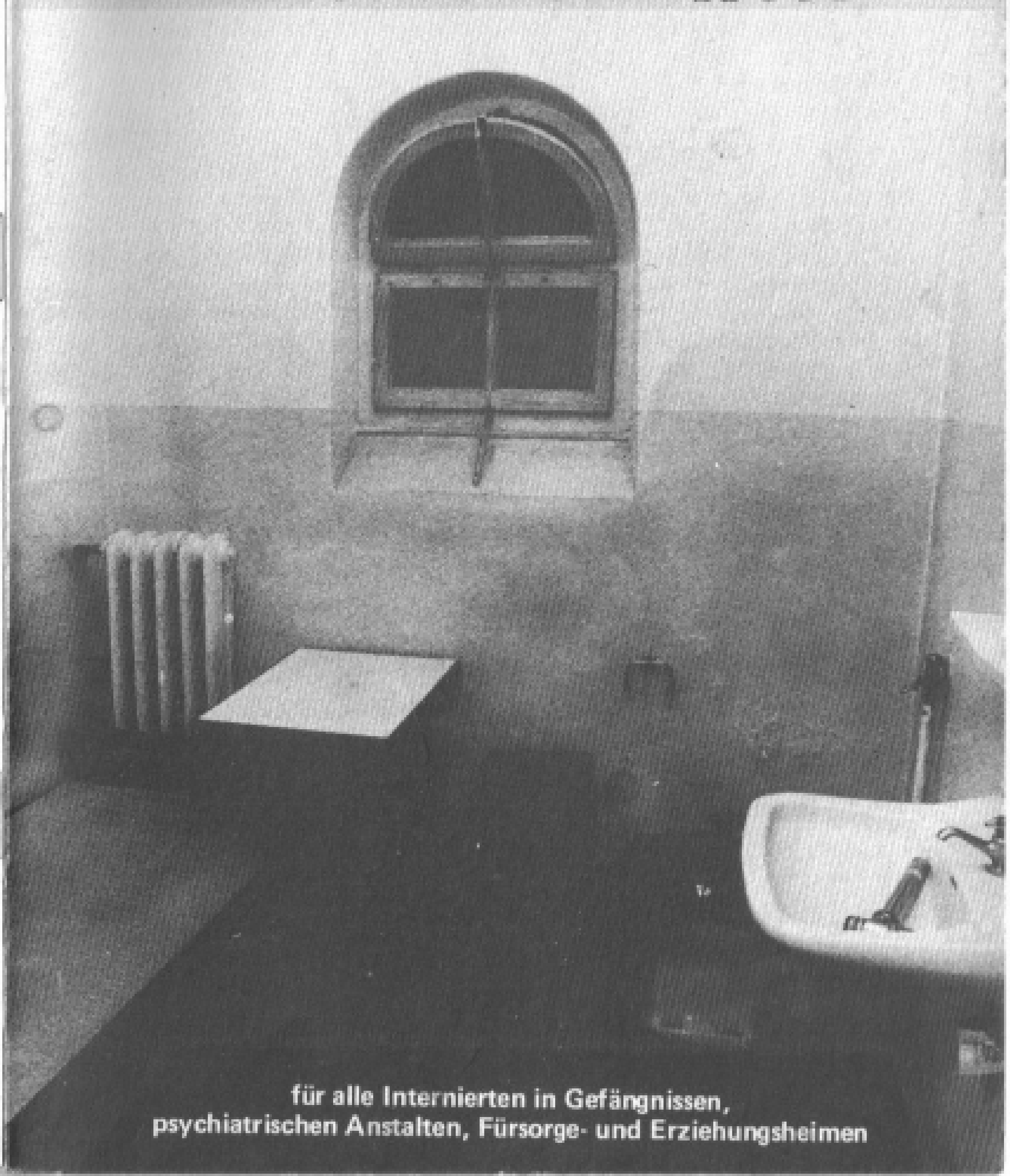
ENTWURF EINER

MAGNA CHARTA



für alle Internierten in Gefängnissen,
psychiatrischen Anstalten, Fürsorge- und Erziehungsheimen

Nicht etwa, weil das eine “gute alte Zeit” gewesen sei, sondern weil viele Probleme sich noch immer stellen hält AKP dieses Dokument für immer noch lesenswert.

Dieser Entwurf einer Magna Charta für alle Internierten in Gefängnissen, psychiatrischen Anstalten, Fürsorge- und Erziehungsheimen, ist das Ergebnis zahlreicher Briefe und Gespräche mit Eingeschlossenen sowie von Diskussionen zwischen Knastgruppen in Berlin, Hamburg und München. Wir hoffen damit in allen Gefängnissen, Anstalten und Heimen einen Diskussions- und Kristallisationspunkt zu schaffen, der Ausgangspunkt für eine Gefangenenbewegung sein soll. Wir wollen darüber hinaus eine breite Öffentlichkeit für die Problematik der Eingeschlossenen herstellen und neue Perspektiven der Knastarbeit entwickeln. Auf der Grundlage dieses Papiers sollen neue Knastgruppen und Initiativen entstehen, die sich für die Interessen und Rechte der Eingeschlossenen einsetzen. Dieses Papier ist ein vorläufiger Entwurf, eine endgültige Fassung kann nur in der Diskussion mit den Eingeschlossenen und den Gruppen draußen erarbeitet werden.

Kollektiv Rote Hilfe München

Zur aktuellen Situation der Gefangenenbewegung

Die Krise der Gefangenenbewegung in den letzten Jahren wurde nicht allein durch die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen und Kriminalisierungsversuche ausgelöst, auch nicht durch den Herbst des Jahres 1977, sie hat ihre Ursachen vor allem in dem Zerfall der Bewegung nach 1969, in der Fraktionierung und den dadurch entstandenen Auseinandersetzungen über den bewaffneten Kampf, über den Begriff des politischen Gefangenen und über die Einschätzung des Knastes als Schauplatz von Hungerstreiks, Arbeitsniederlegungen und anderen Protestaktionen. Wer die Ursachen der Krise untersuchen will, kommt nicht umhin, die geschichtliche Entwicklung der Gefangenenbewegung seit 1968 zu betrachten.

Angefangen hat es mit der Rechtshilfe der Außerparlamentarischen Opposition, die nach den ersten größeren Demonstrationen der Jahre 1967/68 gegründet wurde, als damit zu rechnen war, daß eine große Zahl politisch engagierter Personen aufgrund von Demonstrationen und anderen Aktionen in politische Strafprozesse verwickelt werden würde . Bisher waren solche Personen aus finanziellen und anderen Gründen zumeist auf Pflichtverteidiger angewiesen. Es gab stets viele Polizeizeugen, die gegen sie aussagen konnten, an zivilen Zeugen fehlte es. Die Rechtshilfe sah ihre Aufgabe darin, den Angeklagten Rechtsbeistand nach eigener Wahl zu vermitteln. Außerdem bemühte man sich um Tatsachenfeststellungen und Beischaffung eigener Zeugen. Rechtstheoretische Untersuchungen zu den einschlägigen Problemen des Strafrechts wurden von Mitarbeitern der Rechtshilfe erarbeitet und veröffentlicht. Als bald darauf die ersten rechtskräftig verurteilten Genossen in den Knast kamen, begann die Rechtshilfe mit der Betreuung dieser Gefangenen.

Einer der ersten, die in den Knast kamen, war der Münchner Student Reinhard Wetter. Er wurde verurteilt wegen Beleidigung eines Studienrats, wegen einer Griechenlanddemonstration und wegen verschiedener Hausfriedensbrüche an der Uni und im Amerikahaus. Am 10. Mai 1969 demonstrierten ca. 120 Leute aus München, Bamberg und Umgebung vor dem Jugendgefängnis in Ebrach, wo Wetter einsaß. Ergebnis: ein demoliertes Gefängnistor, ein verwüsteter Friedhof (aus einem Flugblatt der APO: „auf ihm bleichen fast ausschließlich die Gebeine ehemaliger Gefängniswärter, Folterknechte und ihrer Angehörigen."), teilweise Solidarisie-

rung mit der Dorfjugend und: zum erstenmal seit Wetters Strafantritt mußten fast alle Zeitungen anläßlich dieser Aktion erwähnen, was sie bisher verschwiegen hatten, daß und wer und warum da jemand saß. Im Gefängnis selbst kam es zu Protestaktionen der inhaftierten Jugendlichen. Türen wurden eingeschlagen, es herrschte Bambule, was wiederum zu verschärften Repressionen (Arrest, Hausstrafen, Prügelkommandos) führte.

Kurz darauf riefen die Münchner Rechtshilfe der APO und die Münchner Kommune Wacker Einstein alle revolutionären Gruppen in der BRD und im Ausland zu einem Knastkamp in Ebrach auf, das vom 15. bis zum 21. Juli stattfinden sollte, und zwar mit dem Ziel: Aufklärung der Öffentlichkeit über den Strafvollzug in der BRD und voller Lohn für die Gefangenen. In Bayern herrschte Alarmstimmung. Der CSU-Landrat von Bamberg hatte die Parole ausgegeben: „Jeder Terror wird gebrochen!", und Strauß kabelte an den bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel: „Diese Personen benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist." Das Gefängnis in Ebrach wurde von der Polizei hermetisch abgeriegelt. Trotzdem demonstrierten ca. 150 Anhänger der APO, darunter auch Genossen aus Italien, vor der Strafanstalt. Einen Tag später stürmten 40 von ihnen das Landratsamt in Bamberg und warfen Akten aus dem Fenster. Ebrach war der Beginn der Knastkämpfe in der BRD und für viele Teilnehmer, unter ihnen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Thomas Weißbecker, Brigitte Mohnhaupt, Dieter Kunzelmann, Irmgard Möller, Fritz Teufel, Georg von Rauch, Rolf Heißler, Ina Siepmann u. a., wurde Ebrach zum Schlüsselerlebnis. Die Gründung der Roten Hilfe im folgenden Jahr war ebenso eine Folge dieses Kamps wie der Beginn des bewaffneten Widerstandes in der BRD.

1970 wurde in Berlin die erste Rote Hilfe gegründet, die zu dieser Zeit noch von den verschiedensten Gruppen und Gruppierungen getragen wurde, nicht nur vom antiautoritären Flügel der APO, sondern auch von den diversen kommunistischen Parteien, die kurz zuvor entstanden waren. Bald darauf kam es auch in anderen Städten zu Rote-Hilfe-Gründungen, so in München, Hamburg, Köln, Frankfurt, Fulda, Giessen, Nürnberg, Erlangen, Würzburg, Marburg, Kassel, Wetzlar, Stuttgart, Karlsruhe, Heilbronn, Kiel, Flensburg und anderswo. Ebenfalls 1970 wurden die ersten be-

waffneten Widerstandskämpfer verhaftet und kamen in den Knast, darunter Dieter Kunzelmann, Fritz Teufel, Horst Mahler, Monika Berberich, Irene Goergens, Hilmar Budde und Jimmy Vogler. Die Kampagnen der Roten Hilfe beschränkten sich fast ausschließlich auf die Vorbereitung der Prozesse dieser Leute und auf den Kampf gegen ihre Haftbedingungen. Die ersten Dokumentationen der RH's wurden gedruckt und die ersten Plakataktionen durchgeführt.

Gegen diese Ausschließlichkeit im Engagement nur für politische Gefangene wendeten sich Anhänger aus dem Umkreis der Bewegung 2. Juni und andere, zumeist anarchistische Gruppen. Sie gründeten die Schwarze Hilfe Westberlin, die sich für alle Gefangenen einsetzte und den Begriff des politischen Gefangenen ablehnte. Bald entstanden auch in Hamburg, Köln und anderen Städten Schwarze-Hilfe-Gruppen.

Nach dieser Spaltung der bis dahin von allen getragenen Roten Hilfe kam es zu einer erneuten Abspaltung. Die KPD/AO gründete eine eigene Unterstützungsorganisation für ihre inhaftierten Genossen, die sich Rote Hilfe e. V. nannte. Im Gegensatz zu den anderen RH-Gruppen, die autonom waren und nur in einem losen Zusammenhang standen, war die Rote Hilfe e. V. zentral organisiert und in Landesverbände unterteilt. Ein Gefangener, der später zur Roten Hilfe e. V. ging, schrieb noch 1972 als Antwort auf einen Brief der RH e. V.: „Euren Brief habe ich mit einiger Überraschung zur Kenntnis genommen. Obwohl ich seit 1970 in U-Haft sitze, habe ich nämlich von Solidarität, materieller Unterstützung durch das Rote-Hilfe-Komitee der KPD/AO nichts bemerkt. Auch über die Anrede ‚Genosse' bin ich hoch erfreut. Bisher habe ich immer nur mitgekriegt, daß nach dem Sprachgebrauch der KPD/AO die politischen Gefangenen ‚Menschen', ‚verzweifelte, isolierte Menschen' oder ‚Putschfantasten' sind. Was euren Wunsch nach Korrespondenz anbetrifft, möchte ich euch empfehlen, euch an die Rote Hilfe zu wenden. Sie ist über meine Situation im Knast bestens informiert."

Die Rote Hilfe Westberlin gab zu den Briefen der Roten Hilfe e. V. an die Gefangenen eine Stellungnahme ab, die in den „Nachrichten und Informationen" Nr. 4 der RH abgedruckt wurde. Dort heißt es: „Nachdem nun die Rote Hilfe in ihrer Arbeit einige Erfolge zu verzeichnen hatte, werden ihre Erfolge nun zum Teil einfach auf die ‚erfolgreiche' Propaganda-Arbeit der KPD/AO zurück-

geführt. Jetzt sollen Genossen, die bisher diffamiert wurden, dazu benutzt werden, durch Enthüllungen aus dem Knast eine Politik zu unterstützen, deren Hauptparole dem Abbau der ‚demokratischen Grundrechte' ihrer Situation Hohn spricht. Eine derartige Instrumentalisierung der gefangenen Genossen ist zynisch. Sie dürfen nicht zu Objekten der KPD-Aufbauorganisation-Abbau-Propaganda-Politik werden."

In den Gründungen der Schwarzen Hilfen und der Roten Hilfe e. V. kamen so bereits sehr früh die verschiedensten Konflikte innerhalb der Gefangenenbewegung zum Ausdruck. Sie verschärften sich, nachdem 1970 und 1971 ein großer Teil der Anhänger der Roten-Armee-Fraktion verhaftet wurden. Am 1. Juli 1972 begann der erste bundesweite Hungerstreik gegen die verschärften Maßnahmen der Justiz und gegen den Ausschluß verschiedener Verteidiger. Es ist zweifelsohne das Verdienst der Gefangenen aus der RAF, daß sie den Knast problematisierten, daß sie durch ihre Aktivitäten im Knast die Öffentlichkeit zum ersten Mal massiv mit diesem Thema konfrontiert haben und daß sie durch ihr Beispiel den Widerstand im Knast auf eine breitere Basis gehoben haben. Seit ihrer Inhaftierung begannen allerorten kleinere und größere Aktionen des Widerstandes unter den Gefangenen, Hungerstreiks, Arbeitsniederlegungen, Dachbesteigungen und andere Formen des Protestes zur Durchsetzung konkreter Forderungen. Doch gleichzeitig problematisierten sie auch die Differenzen innerhalb der Gefangenenbewegung, bewirkten heftige Diskussionen, etwa zum Thema des politischen Gefangenen bzw. der Funktionalisierung von Knastgruppen zur Unterstützung ihrer politischen Ziele.

Innerhalb der Roten Hilfen begannen lebhafte Debatten um den Begriff des politischen Gefangenen. Bereits im Dezember 1972 hatte die Zeitschrift „883" eine radikale Auseinandersetzung mit der RAF eingeleitet, der sie vorwarf, Leninisten mit der Knarre zu sein. Als Opfer und Teil des dogmatischen Sumpfes, in dem die linke Bewegung inzwischen gelandet war, versuchte auch die RAF jeden ihrer Schritte mit Marx-Lenin- oder Mao-Zitaten zu rechtfertigen. „883" schrieb: „In ihrer Broschüre ‚Die Lücken der revolutionären Theorie schließen – Die Rote-Armee-Fraktion aufbauen' erweist sich die RAF als eine Ansammlung von Superleninisten, die sich von den diversen Parteileninisten nur dadurch unterscheiden, daß sie statt Parteibücher Knarren in den Händen halten. Leninisten mit Knarren, nichts weiter! Ansonsten wiederholen sie mit

simpler Naivität all die Phrasen, mit denen die heutigen Leninisten zum Ausdruck bringen, daß sie von gestern sind. Daß sie von der heutigen Wirklichkeit, den verschiedensten Formen und Inhalten der Auseinandersetzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen gar nichts, von der Geschichte der Arbeiterbewegung jedoch nur die parteidogmatischen Einstellungen begriffen haben ... Diesem typisch leninistischen, mechanischen Theorie-Praxis-Verständnis, typisch für die Leninisten mit und ohne Knarre, entsprechen konsequenterweise all die Dogmen, die die heutigen und künftigen Führer und Funktionäre der Avantgardesekten den in ihren Dunstkreis geratenen Leuten permanent vorbeten, um sich selbst also die Notwendigkeit von Führern und Funktionären zu rechtfertigen ..."

Der Avantgarde-Anspruch der RAF kam nirgends deutlicher zum Ausdruck, als in einer Entgegnung auf die Kritik der Roten Hilfen an dem Begriff des „politischen Gefangenen": „Aber ihr träumt, wenn ihr sagt: ‚Die meisten haben schon angefangen, individuell Widerstand zu leisten', das ist nicht wahr, ist Knastkitsch, Sozialkitsch, der mit sozialistischer Politik nichts zu tun hat, der diese genau verhindert. Tatsache ist, daß das, was sie in den Knast gebracht hat, zwar natürlich als ‚bewußtloser Widerstand' zu definieren ist, daß sie aber dann im Knast sind und im Knast erstmal richtig, fett und durchorganisiert dieser ‚Ordnung' begegnen (denn aus der Fabrik kommen die wenigsten, das weiß man), ihr ausgesetzt sind und ihr zwar nicht anders als draußen, nur deutlicher, potenziert, offener unterliegen, sich anpassen etc. Daß also das Terrornetz aus Strafe und Prämie, Sozialisierung nach kapitalistischem Muster zu kapitalistischem Zweck, erstmal hinhaut, erstmal im Knast einfängt. Und die Hunderte, die allerdings nicht käuflich, sondern Menschen sind – sie sind die ‚Avantgarde', Vorhut oder wie immer, des Proletariats, des Volks im Knast. Sie sind wir!" (Kursbuch 32). Und an anderer Stelle: „Ihr führt zur Rechtfertigung die ‚Knastologen' ins Feld, aber falsch. Richtig ist, daß die Gefangenen so von ferne erstmal nur eines sehen können: daß noch nie jemand so behandelt wurde wie wir." (ebenfalls Kursbuch 32).

Vorausgegangen war ein längerer Artikel der Roten Hilfe Westberlin über „Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken" im Kursbuch 31. Die RH hatte bedauert, daß noch vor dem Ende der antiautoritären Bewegung von der gesamten Linken entschieden wurde, die Randgruppenstrategie zu liquidieren. Mit die-

ser Liquidierung hat die Linke sich erst einmal der Wahrnehmung beraubt, daß die gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen im Reproduktionsbereich in Erscheinung treten. Die Erwiderung der RAF aus dem Knast strotzt von elitären Phrasen und beweist den alten Avantgardeanspruch von Marxisten/Leninisten (siehe oben).

Widerspruch erhob sich vor allem aus München. Die in Bayern verhafteten und inhaftierten Angehörigen der Stadtguerilla kamen zumeist aus dem antiautoritären Flügel der APO. Sie waren mit den Gefangenen aus der Bewegung 2. Juni einig, daß sie die Abgrenzung von den anderen Gefangenen ablehnten und sich weigerten, als „politische Gefangene" bezeichnet zu werden. Sie saßen in Bayern in allen Knästen, in Stadelheim, Straubing, Landsberg, Ebrach, Kaisheim, Aichach und Bernau und hatten gute Kontakte zu den anderen Gefangenen, die sich über diese Kontakte politisierten und an zahlreichen Aktionen teilnahmen. Vor allem in Straubing hatte sich um Rolf Heißler ein Kreis von Gefangenen gebildet, die gemeinsam zahlreiche Aktionen initiierten und sich erfolgreich gegen verschärfte Haftbedingungen wehrten. Bei einer Unterschriftenaktion gelang es ihnen, daß sich weit über die Hälfte der Inhaftierten mit ihnen solidarisierten. Diese Haltung bestimmte auch die politische Arbeit der RH München, die in der Aufteilung in politische und andere („soziale", „normale" oder „proletarische") Gefangene, eine Spaltung der Gefangenenbewegung sah.

Ebenfalls aus München kam eine heftige Kritik an dem Versuch der inhaftierten Gefangenen aus der RAF, die Knastgruppen als „Wasserträger", bzw. als Erfüllungsgehilfen der politischen Konzeption der RAF zu funktionalisieren. So wurde die 2. Hungerstreikerklärung der RAF-Gefangenen vom Mai 1973 mit Skepsis aufgenommen, vor allem Formulierungen wie: „Eure Aktionen Januar/Februar — Demonstration in Karlsruhe, Jessel zusammengeschlagen, Go-in beim Norddeutschen Rundfunk und bei ein paar Justizschweinen, einige Steine in die Privatsphäre — gut. Kein Teach-in, kein Go-in beim PEN-Club, nichts bei der Schriftstellergewerkschaft, nichts an die Adresse der Kirchen, die auf Folter- und Menschenrechtssachen inzwischen reagieren, keine Demonstration in Hamburg, München, Berlin, Frankfurt, Heidelberg, von militanten Aktionen zu schweigen — schlecht!"

Im RH-Info Nr. 18 entgegnete die RH München: „Die RAF soll halt auch mal an der Basis arbeiten und nicht nur die scheiß-

bürgerliche Arbeitsteilung (Basisarbeit — Rote-Armee-Fraktion) reproduzieren. Wie kommt die RH dazu, die Agitationsarbeit der RAF zu ersetzen. Man sollte einmal klar und deutlich sagen, daß wir es satt haben, permanent den Moralpredigten aus den Knästen ausgesetzt zu sein. Wir wollen eine Kritik, die uns weiterbringt, aber nicht so ein moralisches Geschwätz."

Auch von anderen RH-Gruppen wurde die Kritik immer heftiger. Innerhalb der Gruppen kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über den Begriff des politischen Gefangenen, aber an Stelle einer sachlichen Diskussion traten immer häufiger gegenseitige Verdächtigungen und Unterstellungen. Kritiker der RAF wurden meistens als Staatsschützer und Bullen diffamiert. Inzwischen waren auch auf Drängen der Gefangenen aus der RAF und ihrer Anwälte die Komitees gegen die Isolationsfolter gegründet worden, über die zum größten Teil die Kontakte der Gefangenen liefen. Diejenigen, die innerhalb der Roten Hilfen die Positionen der RAF vertreten hatten, traten zu den Komitees über. Die Roten und Schwarzen Hilfen verloren den Diskussionszusammenhang zu den Gefangenen aus der RAF und wurden von ihnen in eine Abseitsstellung gedrängt, dadurch verloren sie auch immer mehr ihren politischen Stellenwert.

Die nächste Spaltung kam im April 1974. Auf einem gemeinsamen Treffen aller Roten- und Schwarzen Hilfen in Bochum, an dem ca. 200 bis 300 Delegierte teilnahmen, wurden die Angehörigen der KPD/ML, die bis dahin noch in den Gruppen mitgearbeitet hatten, ausgeschlossen. Auch hier ging es vor allem um den Begriff des politischen Gefangenen, zum anderen um den Versuch der KPD/ML, die Roten Hilfen für parteipolitische Zwecke umzufunktionieren. Die Problematik der Auseinandersetzungen läßt sich am besten mit einer Schilderung aus dem „Roten Morgen" vom 27.4. 1974 wiedergeben, die unfreiwillig den Kern der Sache trifft: „Seit Monaten tobte in der Rote-Hilfe-Bewegung ein harter Kampf um die Durchsetzung der korrekten Linie. Anarchisten, Trotzkisten, Revisionisten hatten sich zusammengerottet gegen die Vorkämpfer der proletarischen Linie, gegen die Partei, zur Spaltung der Roten Hilfe ... Was sind das für ‚Rote Helfer', die die Rote Hilfe auf ‚Knastarbeit' beschränken und in eine linke Caritas umwandeln wollen. Was sind das für Elemente, die mit der Forderung ‚Freiheit für alle Gefangenen' den Klassenkampf leugnen und auf der Bochumer Konferenz die Arbeiterklasse und ihre Vorhut, die Kom-

munistische Partei mit unverschämten Worten beschimpfen ..."

Kurz darauf wurde die Rote Hilfe/D der KPD/ML gegründet. Ebenso wie die Rote Hilfe e. V. glaubte die Rote Hilfe der KPD/ML, eine Rote-Hilfe-Bewegung wie in den 20er Jahren schaffen zu können. Sie wollten oder konnten nicht sehen, daß es heute andere Verhältnisse gab, daß die politische Situation anders war und daß es keine Kommunistische Partei mehr gab, wie sie in den 20er Jahren bestanden hatte, auf die sich eine Rote Hilfe stützen konnte. Inzwischen hat sich ja auch die Rote Hilfe e. V. aufgelöst, die Rote Hilfe/ML ist zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpft.

Trotz der Krisen und Spaltungen standen die Roten und Schwarzen Hilfen der undogmatischen Linken im Jahre 1974 auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung. In Berlin, Frankfurt und München kamen oft bis zu 2 000 Leute zu ihren Veranstaltungen (Erwähnt sei nur das Jendrian-Tribunal in München, über das in der Presse ausführlich berichtet wurde. Auf der Fahndung nach Roland Otto wurde der Taxifahrer Jendrian erschossen, die RH München führte in Zusammenarbeit mit der Arbeitersache und der Roten Hilfe e. V. ein Tribunal durch, auf dem wesentliche Fakten aufgedeckt wurden, die nicht in den Polizeiberichten standen.), es bestanden Kontakte zu mehreren Hundert Gefangenen in fast allen Knästen der BRD, es wurden zahlreiche Dokumentationen veröffentlicht (RH Krefeld: „Dokumentation über Folter", RH Westberlin: „Terror im Knast", RH Frankfurt: „Politische Justiz", RH München: „Ausbeutung im Knast", RH Westberlin: „Peter Paul Zahl vor Gericht", RH Hamburg: „Gegen die Unterdrückung im Knast", RH Westberlin: „Das Komplott zwischen Gerichtspsychiatrie und Justiz", RH Frankfurt: „Neues vom Sozialstaat", RH München: „Arrest in Kaisheim", RH Flensburg: „Folter in der BRD"). Zu den überregionalen Treffen kamen oft bis zu 100 Delegierte aus allen Teilen der BRD, es gab noch ein überregionales Info, in einigen Städten gab es sogar mehrere Knastgruppen (Rote Hilfe, Schwarze Hilfe, Schwarzkreuz, Häftlingskollektive) und bei Aktionen im Knast wurden außerhalb der Mauern von den Knastgruppen Flugblätter verteilt, Plakate geklebt, Unterschriften gesammelt, agitiert und mit Lautsprechern die Gefangenen im Knast unterstützt. Es gab auch Aktionen, die gemeinsam mit den Komitees und der Roten Hilfe e. V. durchgeführt wurden.

Natürlich liefen parallel zu diesen Entwicklungen auch die

staatlichen Repressionen gegen die Knastgruppen, es gab zahlreiche Versuche, die Knastgruppen zu kriminalisieren, gegen die meisten von ihnen liefen Ermittlungsverfahren wegen § 129. Sie standen in jedem Verfassungsschutzbericht, in jeder Dokumentation der Bundesregierung oder einer Länderregierung wurden sie als Nachfolge-Organisationen oder als Nachschub-Basen der bewaffneten Gruppen bezeichnet, zumindest als Sympathisanten der „Terroristen" und die bürgerliche Presse beteiligte sich eifrig an diesen Kriminalisierungsversuchen. Mit aller Gewalt wurde versucht, die Kontakte in den Knast zu unterbinden. Es kam immer häufiger zu Besuchersperren und Besuchsverboten, Drucksachen der Gruppen wurden angehalten, Briefe beschlagnahmt, Büchersendungen und andere Plakate zurückgeschickt.

Zwischen diesen beiden Mühlsteinen – auf der einen Seite die Angriffe der inhaftierten RAF-Genossen, die Diffamierung als Staatsschützer und Bullen, auf der anderen Seite der Druck der Staatsschutzorgane, der Justiz, der Polizei – wurden fast alle Rote- und Schwarze-Hilfe-Gruppen aufgerieben, bzw. erheblich dezimiert. Ende 1976 gab es nur noch in Berlin und München eine Rote Hilfe. Hinzu kam natürlich auch, daß die Situation der Knastgruppen von der allgemeinen Situation der Linken, die keine Perspektiven mehr hatte, nicht zu trennen ist. Es gab z. B. kaum eine Auseinandersetzung über Militanz, es gab nur feige Distanzierungen (so auf dem Angela-Davies-Kongreß des SB mit der Rede von O. Negt) oder stillschweigende Resignation in Form einer Zurückziehung auf persönliche Bereiche, die Geburt der Alternativbewegung.

Kurz zuvor – 1973 bzw. 1974 – waren zwei wichtige Dokumente erschienen, die der Gefangenenbewegung neue Impulse hätten geben können. Von Ulrike Meinhof stammt das „Aktionsprogramm für den Kampf um die politischen Rechte der gefangenen Arbeiter", das zumindest ansatzweise versuchte, den Gegensatz zwischen den „politischen" Gefangenen und den anderen Gefangenen aufzuheben und eine gemeinsame Basis für eine revolutionäre Gefangenenbewegung zu schaffen. Neben einer Analyse der Situation im Knast konzentrierte sich das Programm auf 14 Forderungen, für dessen Durchsetzung sich die Gefangenen „offen und konspirativ organisieren" sollten. Die 14 Punkte lauteten:

1. Freie Selbstorganisation der Gefangenen;
2. Tarifgerechte Bezahlung, Anspruch auf Ausbildung und Ar-

beit;
3. Rente und Krankenversicherung;
4. Ärztliche Versorgung durch nicht-beamtete Ärzte in Krankenhäusern draußen, freie Arztwahl;
5. Selbstverwaltung durch Wählbarkeit in allen Funktionen;
6. Unbeschränkte Besuchsfreiheit — ohne Bewachung, außerhalb der Arbeitszeit; Möglichkeit zu sexuellen Kontakten;
7. Versammlungsfreiheit ohne Bewachung;
8. Abschaffung des Behandlungsvollzugs; jeder Sonderbehandlung, der Isolation;
9. Abschaffung des Jugendstrafvollzugs;
10. Gemischte Anstalten;
11. Abschaffung der Hausstrafen;
12. Abschaffung der Briefzensur;
13. Abschaffung der Vollzugsmedizin;
14. Abschaffung der Bewährung.

Seltsamerweise wurde dieses Aktionsprogramm von der RAF nie wieder aufgegriffen und zur Diskussion gestellt, es verschwand von der Tagesordnung und tauchte auch in späteren RAF-Schriften nie mehr auf, stattdessen wurde immer mehr auf eine Trennung von den anderen hingearbeitet, aus dem „politischen" Gefangenen wurde der „Kriegsgefangene", der für sich die Anwendung der Genfer Konventionen fordert.

Das zweite Dokument kam aus Frankfurt. Dort hatte sich der Gefangenenrat gebildet, eine Vereinigung der Gefangenen und ehemaligen Gefangenen der Strafanstalten, psychiatrischen Haftanstalten und Fürsorgeanstalten. Im November 1973 veröffentlichte der GR seine Forderungen im „Nachrichtendienst" Nr. 1, dem Organ des GR:

„Wir fordern die Abschaffung der Internierung einer ökonomisch, politisch und rechtlich entwerteten Klasse in den Strafanstalten, psychiatrischen Haftanstalten, Fürsorgeanstalten; wir fordern die Abschaffung der Verurteilung und Einsperrung von Menschen, die durch ihre Herkunft vorbestimmt sind.

Wir fordern: Alle, die von der Gewalt der herrschenden und besitzenden Klassen zur Verzweiflung, zum Selbstmord, zu Krankheiten, zu Affekthandlungen, zu kriminellen Revolten getrieben werden, weil sie einer ausgebeuteten und erniedrigten Klasse angehören, müssen sich selbst politisch vertreten können, um leben zu

können, um am Leben zu bleiben.

Für sofort fordern wir die Abschaffung der körperlichen und seelischen Mißhandlungen in den Gefängnissen, psychiatrischen Haftanstalten und Fürsorgeanstalten. Das ist unter anderem: körperliche Züchtigung; Fesselung; Unterbringung in ‚Beruhigungszellen', was viele schon zum Tod gebracht hat; Isolation – die nachweislich schwere seelische Schäden verursacht; Unterdrückung aller sozialen Ausdrucksmöglichkeiten.

Wir fordern die weitgehende Öffnung der Gefängnisse, psychiatrischen Haftanstalten und Fürsorgeanstalten; die völlige Abschaffung der Briefzensur; Recht auf freie Information; die Aufhebung der Besuchsbeschränkung; Freiwilligkeit der Arbeit und Abschaffung der Zwangsarbeit; freie Wahl der Arbeit; Einrichtung von politischen und industriellen Schulen, deren Programm von den Eingeschlossenen bestimmt werden kann; volle Auszahlung der Löhne und gleichen Lohn wie für die freie Arbeit; mehr Arbeitsplätze außerhalb der Anstalten.

Wir fordern eine politische Vertretung der Internierten in allen Anstalten einschließlich der Fürsorge- und Kinderanstalten – ohne Eingriffe und Erpressungen der Anstaltsleitungen; (d. h. diese politische Vertretung darf nicht das Vermittlungsorgan der Anstaltsleitung sein, wie es sich bei der sogenannten „Mitverantwortung" erwiesen hat).

Wir fordern freie Bewegung innerhalb der Anstalten; täglicher und längerer Aufenthalt im Freien; Abschaffung des Arrests und anderer Sonderstrafen; Abschaffung aller erniedrigender Behandlungen; Verbesserung der Essensrationen und Abstellung der Diebstähle, die von freien Unternehmern und von Beamten am Einkaufsgeld und an der Ernährung der Gefangenen begangen werden – d. h. Aufhebung des Verkaufsmonopols bestimmter Firmen, durch das die Gefangenen gezwungen werden, Wucherpreise zu zahlen, die nirgendwo, außer in Anstalten, üblich sind.

Wir fordern die Anerkennung der Gefangenenräte innerhalb und außerhalb der Anstalten, freier Brief- und Besuchsverkehr der Entlassenenräte; Stationsräte; Anstalts- und Lagerräte der Justizvollzugsanstalten, psychiatrischen Haftanstalten und Fürsorgeanstalten untereinander und uneingeschränkte Anerkennung ihres politischen Mandats!"

Zwischen den Gefangenen aus der RAF und dem Gefangenenrat entwickelten sich lebhafte Diskussionen um den Begriff des po-

litischen Gefangenen, den beide Seiten auf Kosten der Roten Hilfen führten, wobei es sich die RAF nicht verkneifen konnte, dem Gefangenenrat „Borniertheit" vorzuwerfen und die Unterstellung: „Bei euch kann man sich anscheinend nur mit dem Diplom der Sonderschule qualifizieren." (ND Nr. 3)

Gefangenenrat: „Das Problem, wie kommen die Kriminellen in die Lage der Politischen bzw. wie kommt es zu einer politischen Organisation der kriminellen Gefangenen, löst sich aber nicht einfach dadurch, daß die letzteren sich zu politischen Gefangenen erklären. Es geht auch nicht damit, daß aus der Studentenbewegung Aktions- und Organisationsformen übernommen werden bzw. daß die Kriminellen sich einfach an die Nachfolgeorganisationen der Studentenbewegung anhängen. Das letztere scheint uns allerdings vielfach bei den Roten Hilfen der Fall zu sein. Die Kriminellen bilden dort eher nur ein Anhängsel. Jedenfalls kann die Rote Hilfe bei ihrem Verhalten nicht behaupten, die Frage politischer Organisation von Gefangenen auch nur lösen zu wollen."

RAF: „Das Problem ist, daß Rote Hilfe und Rote-Armee-Fraktion gleichgesetzt werden, die Politik der beiden. Das ist ein Fehler und war immer ein Fehler. Es hat kein Gefangener der RAF jemals von den anderen verlangt, sie sollen sich mit ihm solidarisieren; höchstens verlangt, daß die Unterdrückten im Knast den Kampf aufnehmen. Wenn man also die rattenhafte Strategie verschiedener Leute draußen durchschaut, ihren Einfluß, die Verwirrung und Desorientierung, die sie hervorrufen, verstanden hat, bleibt wohl nichts als Gegenpropaganda zu machen. Sieh dir an, was die ‚Gefangenen von uns' bis jetzt gemacht haben! Ist eine unserer Forderungen eine Forderung nach Privileg? Steht eine unserer Forderungen im Gegensatz zu den Bedürfnissen aller Gefangener? Ist nicht der Kampf der RAF-Gefangenen gegen die Psychiatrisierung nur die Spitze des Kampfes, den alle Gefangenen werden führen müssen, weil die Tendenz der Justiz ganz klar auf Psychiatrisierung der Anstalten hinzielt? Tatsache ist doch, daß die draußen sowohl euch als auch uns verwursten, konsumieren wollen – ihre Politik darauf hinausläuft, und wir wirklich nur ein Interesse haben, eine gemeinsame Front dagegen zu bilden. Die Caritas-Strategie in Bezug auf die Gefangenen insgesamt läuft praktisch genau auf die Strategie des ‚Leichen-Vorzeigens' in Bezug auf die politischen Gefangenen hinaus. Mit Katharinas Krebs, mit Astrids Kreislauf usw., da gehen die hausieren. Genau wie das, was in dem Ton-

band angesprochen ist, wo darauf bezug genommen ist, daß die lieben Genossen auf eine Leiche warten, auf einen ermordeten Genossen, um dann ein wenig aktiv werden zu können. Dieser Zynismus. Es ist ganz falsch, die Rote Hilfe uns gleichzusetzen, und ich meine ja immer, daß ihr genau wißt, daß es falsch ist." (ND Nr. 3)

In den folgenden Ausgaben des „ND" wendet sich der Gefangenenrat mehrmals an die Gefangenen aus der RAF und an die Komitees gegen die Isolationsfolter, um gegen den Begriff des politischen Gefangenen zu protestieren und eine gemeinsame Front aller Gefangenen aufzubauen. In einem offenen Brief an die Komitees heißt es: „Es wird ignoriert, daß keineswegs nur revolutionäre, politische Gefangene mißhandelt und gefoltert werden. Es wird nicht darauf hingewiesen, daß bislang Hunderte und Tausende ‚drinnen' keine Fürsprecher ‚draußen' haben, keine Komitees, keine politischen und demokratischen Gruppierungen, die ihre Interessen in der Öffentlichkeit vertreten. Es wird vergessen darauf hinzuweisen, daß der ‚Fall' Katharina Hammerschmidt nur die Spitze eines Eisbergs ist. Es wird versäumt, die Anonymität der anderen Opfer des Vollzugssystems fortschreitend aufzuheben. Es wird nur für die ‚Prominenz' demonstriert und mobilisiert. Die Summe des Elends wird unterschlagen, die Summe der Schweinerei nur auf respektable Individuen reduziert. Es wird unterschlagen, daß die politischen Gefangenen das ausgesprochene Privileg besitzen, über anständige Anwälte verfügen zu können, nicht über Ratten von Pflichtverteidigern, denen am Mandanten nichts, am Geldraffen umso mehr liegt. Die Spaltung der Herrschenden in Kopf und Bauch, in ‚Terroristen' und ‚Kriminelle', in Prominenz und Masse, wird von euch nicht aufgehoben, sondern noch vertieft. Ihr handelt nicht im Sinne der politischen Gefangenen, wenn ihr deren Isolation und Folter gesondert anprangert – handelt nicht im Sinne der politischen Gefangenen, wenn ihr liberale Intellektuelle für die linke Prominenz mobilisiert ... Gleichstellung aller Gefangenen und freie Information für alle Gefangenen. Das war und ist die Forderung der politischen Gefangenen während ihres Hungerstreiks im vorigen Jahr. Diese Forderung muß aufgegriffen werden. Diese Forderung müßt auch ihr aufgreifen. Isolation und Folter sind kein Privileg der politischen Häftlinge." (ND Nr. 4 vom Juli 1974). Und: „Unsere Kritik an der RAF bezieht sich auf die politische Bevormundung durch eine selbsternannte Avantgarde, die uns und die Masse der Gefangenen dadurch als unpolitisch diskriminiert, daß sie sich

selbst als politische Gefangene bezeichnen, als Leute, die wissen, wo's lang geht. Der antiimperialistische Kampf der RAF, z. B. die Bomben auf amerikanische Einrichtungen — hat seinen Ursprung in der Herkunft der RAF aus der Studentenbewegung, stellt aber keine Organisation von Gegengewalt in den Gefängnissen dar. Seit die RAF im Knast ist, hat sie drei Hungerstreiks organisiert, eine Aktionsform, die eher auf Mitleid zielende Ohnmacht, als Organisation von Gegengewalt ausdrückt." (ND Nr. 6 vom November 1974).

Auch der Gefangenenrat, der erste Versuch eine revolutionäre Gefangenenbewegung zu organisieren, wurde von Polizei und Justiz kriminalisiert. Ende 1976 wurden mehrere Mitglieder des GR von Frankfurt unter fadenscheinigen Gründen (u. a. wurde ihnen eine Beteiligung an der Erschießung des Butzbacher Knastdirektors unterstellt) verhaftet. Kurz darauf löste sich der Gefangenenrat auf.

Im Herbst 1977 ist die Gefangenenbewegung auf ihrem Tiefpunkt angelangt. Es gibt kaum noch Knastgruppen, Rote Hilfen bestehen nur noch in Berlin und München. Andere Gruppen haben sich auf die Vorbereitung bestimmter Prozesse und Kampagnen beschränkt (2. Juni-Prozeß, Roth-Otto-Prozeß, Kampagne zur Haftverschonung für Werner Hoppe). Einen anderen Stellenwert hat das Verfahren gegen die Agit-Drucker. Hier wurde zum ersten Mal das Ghetto-Dasein der Berliner Knastgruppen durchbrochen, und Knastarbeit auf eine breite Basis gestellt. Das wirkte sich nicht nur auf den Agit-Prozeß aus, sondern hat auch zu Kampagnen und Veranstaltungen geführt, die gemeinsam von verschiedensten Gruppen — angefangen bei den Jungdemokraten über die Humanistische Union und die Alternative Liste bis hin zu den Knastgruppen — getragen wurden. Ansonsten besteht Knastarbeit im wesentlichen nur noch aus Öffentlichkeitsarbeit. In Zusammenarbeit mit der Alternativpresse, die überall entsteht, werden Informationen über Knäste veröffentlicht und Prozeßberichte abgedruckt. Zwischen den Gruppen bestehen kaum Kontakte, es gibt keinen Austausch von Informationen mehr, keine überregionale Treffs. Die Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF werden von der bürgerlichen und auch von der linken Öffentlichkeit kaum noch zur Kenntnis genommen, selten unterstützt. Die Empörung nach dem Tod von Holger Meins und Ulrike Meinhof hat sich längst gelegt, der Tod der Gefangenen in Stammheim wird mit betroffenem Schweigen,

zum Teil mit Entsetzen und Angst zur Kenntnis genommen. Die Kluft zwischen den Gefangenen drinnen und den Gruppen draußen wird immer größer, die Berührungsangst mit dem Knast, mit den Gefangenen, ist durch staatliche Repressionen und politische Entfremdung so übermächtig geworden, daß allein schon die Teilnahme an der Beerdigung der Stammheimer Toten für die meisten zu einer Gewissensentscheidung wird, über die man vorher tagelang diskutiert.

Ab 1977 hatte dann die Alternativbewegung eine Entwicklung eingeschlagen, die man als einen Prozeß der Entpolitisierung bezeichnen kann. Die Ablehnung jeglicher militanter Aktionen wird immer lautstarker. Von Frankfurt ausgehend macht sie sich in fast allen Redaktionen der alternativen Stadtzeitungen breit. Die Informationen über den Knast werden immer seltener. Die restlichen Knastgruppen haben immer mehr Schwierigkeiten, überhaupt noch Informationen unterzubringen. Oftmals weigerten sich die Redaktionen sogar offen, bestimmte Nachrichten abzudrucken. Die Knastgruppen sind innerhalb der Alternativ-Scene teilweise völlig isoliert und werden mitunter als Relikte aus alten Zeiten belächelt. Die Schere im Kopf wird zum Symbol der Alternativpresse.

Nahezu 10 Jahre lang hat sich die Linke mit dem Knast beschäftigt. Die im Zusammenhang mit der antiautoritären Bewegung der späten 60er Jahre zu beobachtende Sensibilisierung für die Mechanismen und Formen institutioneller Gewalt im allgemeinen und der institutionellen Strafgewalt im besonderen entstand infolge der Kriminalisierung politisch aktiver Gruppen, der massiven Polizeieinsätze bei Demonstrationen, Hausdurchsuchungen und Vorlesungsstreiks. Der Strafvollzug, als ein spezieller Bereich staatlicher Gewaltausübung, verankerte sich immer stärker im politischen Bewußtsein der Neuen Linken. Dadurch wurden Polizei, Justiz und Gefängnisse zunehmend zu einem bevorzugten Zielobjekt innerhalb der Strategie der Neuen Linken. Trotzdem kam es nie zu einer einheitlichen Einschätzung der Gefängnisse. Für die meisten war der Knast gegen Ende der 60er Jahre eher ein „Nebenkriegsschauplatz", die eigentlichen Kämpfe wurden auf den Straßen, in den Universitäten und Schulen geführt, später setzte man den Schwerpunkt auf die Fabriken. So konnte man sich auch nie auf eine gemeinsame Strategie für die Knäste einigen. Später, als die Revolution dort, wo man sie erwartet hatte, nicht ausbrach, erinnerte man sich an die Knäste und richtete den Blickpunkt auf

sie. Nun erwartete man dort, was woanders nicht gelaufen war. Es sah ja so einfach aus: 50 000 Menschen oder mehr waren dort interniert, standen unter dem ständigen Druck staatlicher Gewalt, spürten die Unterdrückung hautnah, unmittelbar als Arbeiter, Studenten, Lehrlinge und Schüler. Und man war enttäuscht, als nach zahlreichen Kampagnen, Aufrufen, Artikeln, Plakaten und Flugblatt-Aktionen kein Aufstand in den Knästen ausbrach. Die Enttäuschung war groß und das Interesse am Knast sank zunehmend.

Für die sich konstituierenden kommunistischen Parteien war das schon immer klar gewesen, sie hatten ihren Marx im Kopf und den Lumpenproletarier auf der Zunge. Auf ihren Einfluß ist es wesentlich zurückzuführen, daß die Randgruppenstrategie zu Grabe getragen wurde. Ihre Knastarbeit beschränkte sich von vornherein auf die paar inhaftierten Mitglieder ihrer Parteien, der Rest interessierte sie nicht, eventuell unterstützten sie hie und da einen „fortschrittlichen Menschen", der in den Knast gekommen war. Etwas komplizierter war die Situation für die RAF. Auch sie hatten zwar ein marxistisch/leninistisches Konzept, aber einige von ihnen arbeiteten lange Zeit mit Randgruppen zusammen. Für sie waren die Gefangenen auch eine Randgruppe, die man als Fußvolk für die Revolution einsetzen konnte, selbstverständlich unter der Führung einer Avantgarde und das waren die „politischen Gefangenen", nämlich sie. Von dieser Einschätzung sind sie nie abgegangen, mit einer einzigen Ausnahme, dem oben erwähnten Aktionsprogramm, das aber trotz allem mangelnde Knasterfahrung ausdrückte, ein von oben aufgesetztes Konzept, mit dem viele nichts anfangen konnten, z. B. mit der Forderung nach Arbeit für jeden Gefangenen, wo es für jeden Gefangenen drinnen zur „Pflicht" gehört, sich mit allen Mitteln vor der Arbeit zu drücken.

Die undogmatischen Linken taten sich da leichter. Sie forderten als erste „Freiheit für alle Gefangenen!" und „Reißt die Mauern ein — holt die Menschen raus!", aber als sich das zumindest für die nächste Zeit als unrealisierbar erwies, verstummten diese Rufe zunehmend und da man nicht gerade eine Massenbewegung war, tat man in der Praxis das, was man in der Theorie soeben aufgehoben hatte, nämlich die Einteilung in politische und andere Gefangene, indem man sich vorwiegend für die eigenen Leute einsetzte, ihre Prozesse vorbereitete, die Betreuung dieser Leute übernahm. Mit dem Begriff der Kriminalität tat man sich eh etwas schwer. Die einen erklärten zwar: „Kriminalität ist eine Waffe" und begeister-

ten sich mehr emotional für den Kriminellen, aber es gab auch andere Definitionen innerhalb der Knastgruppen, in denen die Kriminalität als eine systemkonforme Angelegenheit dargestellt wurde, daß z. B. der Ladendieb bereits von der Werbung vorprogrammiert wäre und der Bankräuber sich nur danach sehne, das Leben eines Playboys zu führen und deshalb das Geld unter Umgehung der Lohnarbeit besorge, der Gegensatz zur Lohnarbeit sei aber immer das Kapital. Solche Analysen waren nicht gerade geeignet, die Motivation für die Knastarbeit zu verstärken, sie führten nur zu monatelangen Diskussionen innerhalb der Knastgruppen und verunsicherten viele. Hinzu kam, daß man mit den entlassenen Gefangenen nie so richtig zurecht kam, schon aufgrund völlig verschiedener Sozialisationsgeschichten. Und als sich endlich mit dem Gefangenenrat der Ansatz einer Gefangenenbewegung formierte, begann man auch dort sofort mit einer Abgrenzung, diesmal von den politischen Gefangenen, ohne darauf zu achten, daß es hier viele Differenzierungen gab, ohne zu sehen, daß viele Knastgruppen und viele sogenannte „politische Gefangene" diese Einstellung ablehnten. Es hat also niemals eine gemeinsame Plattform für eine Gefangenenbewegung gegeben, der sich alle anschließen konnten und die Spaltungen und Abgrenzungen haben sich sehr negativ ausgewirkt.

Dabei hat es zu jeder Zeit – von 1968 bis heute – gemeinsame Aktionen von Gefangenen gegeben, gemeinsame Widerstands- und Protestaktionen, die allerdings stets auf einen Knast beschränkt blieben. Vor allem weil es niemals eine so starke Knastgruppenbewegung draußen gegeben hat, die solche Aktionen hätten koordinieren und an die Öffentlichkeit tragen können. Die einzigen, denen dies eine Zeitlang gelang, waren die Komitees, die aber wiederum bewußt über 99 % der Gefangenen ausschlossen. Sie wollten oder konnten nicht sehen, daß Jahr für Jahr ca. 100 Gefangene in der BRD durch Mord oder Selbstmord ums Leben kommen, sie wollten oder konnten nicht sehen, daß lange vor den Gefangenen aus der RAF sogenannte „soziale" oder „normale" Gefangene isoliert wurden. Diese linke Einäugigkeit hat viel dazu beigetragen, daß selbst Ansätze zerschlagen wurden, daß die Spaltung vertieft wurde. Die selektive Solidarität mit Gefangenen war einer der größten Fehler der Linken.

Inzwischen hat sich die Situation etwas verändert. Es gibt keine Rote Hilfe e. V. mehr, keine Komitees, keinen Gefangenenrat, kaum noch Rote oder Schwarze Hilfen. Aber es gibt immer wieder

Leute aus der Scene, die Knastarbeit machen wollen und gerade seit 1978 sind es immer mehr geworden. Es ist kein Zufall, daß Gruppen, die heute entstehen, sich schlicht und einfach Knastgruppe nennen. Durch die Alternativbewegung hat sich das Verhältnis zum Knast wesentlich geändert. Der Knast wird heute kaum noch als Haupt- oder Nebenkriegsschauplatz angesehen, auch nicht als Mittel zum Zweck oder Zielpunkt einer Strategie, sondern als ein Ort, an dem sich die staatlichen Repressionen und Unterdrückungsmaßnahmen am härtesten auswirken. Das haben verhaftete AKW-Gegner (Karl und Eso) ebenso erfahren wie inhaftierte Frauen, Schwule, Kriegsdienstverweigerer oder Fixer. Das führte dazu, daß Gefangene weniger als Objekte angesehen wurden, sondern als Menschen, als Subjekte. Sie sind ja nicht nur Gefangene, sie sind auch Frauen, Rocker, Schwule, Drogenkonsumenten, Ehemänner, Familienväter und das animierte engagierte Frauen, Schwule, AKW-Gegner, Stadtteilgruppen, Drogenkonsumenten, die jemand im Knast hatten, sich mit ihnen zu solidarisieren. So entstanden Frauenknastgruppen, Grüne Hilfen, Rosa Hilfen, Stadtteilknastgruppen usw. So kam es allmählich im Laufe der letzten Jahre zu einer Umstrukturierung innerhalb der Knastgruppen. Die alten Linken stiegen aus und junge Leute aus der Scene kamen hinzu, die sich irgendwie mit den Leuten drinnen verbunden fühlten. Und immer häufiger sind auch ehemalige Gefangene in den Knastgruppen anzutreffen, nicht mehr als Anhängsel oder Mitläufer, sondern sie bestimmen die Atmosphäre in diesen Gruppen. Daneben entstanden auch eigene Häftlingskollektive und Gefangenenselbstinitiativen. Sie haben mit den Gefangenen aus der Stadtguerilla die seit langem im Knast sitzen, keine gemeinsame Geschichte mehr, aber sie sind bereit, sich für sie ebenso einzusetzen wie für alle anderen Gefangenen. So kommt es, daß innerhalb der Knastgruppen, die kontinuierliche Knastarbeit machen, kaum noch Diskussionen um den Begriff des „politischen" Gefangenen laufen, sie kennen keine Abgrenzungen mehr. An diesen Begriffen klammern sich nur noch kleine Grüppchen, die stets nur dann auftreten, wenn es zu Aktionen der inhaftierten Gefangenen aus der RAF kommt, an einer permanenten Knastarbeit sind sie nicht interessiert und sie sind auch nicht in der örtlichen Scene verwurzelt, man sieht sie in keiner Frauengruppe, in keiner AKW-Gruppe, in keinem Schwulenzentrum, in keiner alternativen Stadtteilzeitung.

Ebenso ist es den Knastgruppen seit langer Zeit klar geworden,

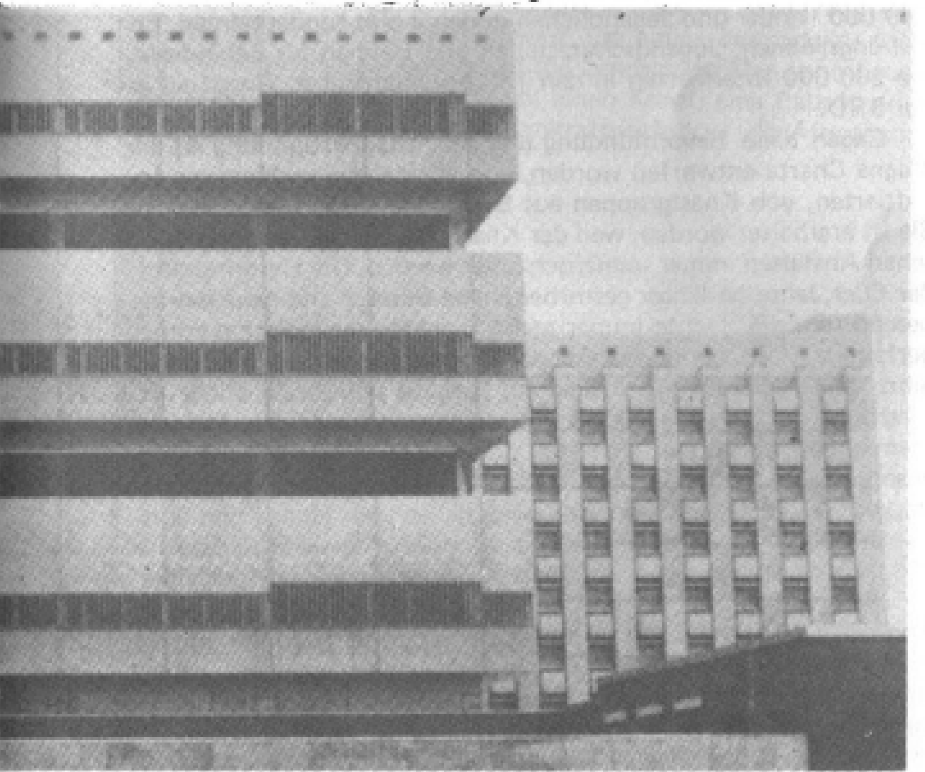
daß es nicht ihre Aufgabe ist, von außen Aktionen einzuleiten. Sie können und wollen nur Aktionen von draußen unterstützen, die von drinnen kommen. Das hat sich bei den Protestaktionen für ein besseres Essen in Straubing ebenso erwiesen, wie beim jüngsten Hungerstreik in Berlin. Die Knastgruppen stellen heute kein revolutionäres Potential mehr da, das schließt schon die geringe Zahl aus, aber sie arbeiten dafür kontinuierlicher als früher. Sie wissen zwar, daß die Revolution in den Knästen weder morgen noch übermorgen ausbrechen wird, aber sie haben ein anderes, besseres Verhältnis zu den Gefangenen und sehen langfristige Möglichkeiten einer Radikalisierung. Ihre Kritik am letzten Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF war fundiert und sah die Niederlage dieses Streiks voraus. Ihre Forderung: „Integration in den Normalvollzug" wird inzwischen von einigen Gefangenen drinnen, die am



Bild 1

Hungerstreik beteiligt waren, als richtig angesehen und hat Aussichten von zahlreichen anderen Gefangenen unterstützt zu werden. Diskussionen darüber laufen allmählich an. Das ergaben nicht nur die beiden letzten überregionalen Treffen der Knastgruppen, das bestätigen auch zahlreiche Briefe, die angekommen sind. Die Treffen haben aber leider auch in beängstigender Weise die größte Schwäche der Knastgruppen offenbart: Ihre geringe Zahl, obwohl es, wie bereits gesagt wurde, heute mehr sind, die Knastarbeit machen, als vor 2 oder 3 Jahren.

Zur Zeit läuft der Versuch, sich mit der zehnjährigen Geschichte der Knastarbeit auseinanderzusetzen, die Fehler und Schwächen dieser Arbeit zu analysieren. Man versucht aus dem Ghetto auszubrechen, nicht mehr Verbandsplatz einer Bewegung zu sein, die nicht mehr existiert. Vielleicht liegt hier eine Chance.



PRÄAMBEL

Mehr als 500 000 Menschen leben in der BRD ohne Rechte, für sie gilt auch nicht das Grundgesetz. Sie werden zur Arbeit gezwungen, ohne dafür eine entsprechende Bezahlung zu erhalten. Sie haben keinen Anspruch auf Informationsfreiheit, sie dürfen nicht lesen und schreiben was sie wollen, für sie ist Zensur eine alltägliche Einrichtung. Sie leben in menschenunwürdigen Unterkünften, sie sind nicht ausreichend versichert und haben keinen Anspruch auf Urlaub. Und all das geschieht ohne rechtliche Grundlage. Selbst die minimalsten Rechte, die ihnen eingeräumt worden sind, werden aufgrund der Willkür von Anstaltsleitern und Richtern oftmals beschnitten. Sie kennen nur Verbote und Pflichten, keine Rechte. Gemeint sind die 60 000 Internierten in den 150 Gefängnissen, die 250 000 Kinder und Jugendlichen in den 3 500 Kinderheimen, Erziehungsheimen, Jugendschutzstellen und Heimen für Behinderte, die 200 000 Internierten in den 130 psychiatrischen Anstalten in der BRD.

Gegen diese Bevormundung und für Selbstbestimmung ist die Magna Charta entworfen worden, von ehemaligen und jetzigen Inhaftierten, von Knastgruppen aus Berlin, Hamburg und München. Sie ist erarbeitet worden, weil der Knast, die Heime, die psychiatrischen Anstalten immer unmenschlicher werden. Die Reformpolitik der 60er Jahre ist längst gestorben, neue Gesetze und neue Bauten beschnitten die Rechte immer mehr, machten die Isolation immer perfekter. Vom pennsylvanischen Einzellensystem der Puritaner führt eine zielstrebige Entwicklung über die wissenschaftliche Erforschung der Isolation und die Isolationstrakts von Ossendorf und Stammheim bis zu den technisch perfekten Hochsicherheitstrakts unserer Tage. Der Trend zur Isolation in der Isolation wird immer stärker. Geplant, bzw. im Bau sind neben den Hochsicherheitstrakts Knäste für inhaftierte Drogenkonsumenten und Knäste für ‚klinisch nicht mehr therapierbare Kriminelle und Geisteskranke' (wörtliches Zitat des Bayerischen Justizministeriums), die den irreführenden Namen Fachkrankenhäuser für forensische Psychiatrie führen sollen (eine ähnliche Verschleierung war die Umbenennung der Gefängnisse in Justizvollzugsanstalten). Für Jugendliche plant Bonn Gesetze zur Unterbringung in geschlossenen Heimen und für Arreststrafen in Erziehungsheimen. Bereits heute werden in der BRD rund 1 000 Jugendliche aufgrund von Rechtsverordnungen

der Länder ständig in Heimen von der Gesellschaft ferngehalten (Heimjargon: Isole).

Isolation ist aber längst nicht mehr auf den Knast, die Heime und die psychiatrischen Anstalten beschränkt. Isolation ist zum Prinzip des Systems geworden. Das System kann nur funktionieren, wenn es die Menschen auseinanderdividiert und isoliert, sei es in der Schule, in der Universität, in der Fabrik, in den Betonsilos unserer Städte, in den Trabantenstädten, in den Altersheimen usw. Die modernen Knastbauten in Ossendorf und Zelle, in Stammheim und Stadelheim sind inzwischen zum Baustil der technologischen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts geworden. Sie dienen als Vorbild für Knastneubauten bzw. -erweiterungen in der BRD und im Ausland (Moabit, Wuppertal, Bielefeld, Straubing, Herrera de la Mancha in Spanien, Asinara in Italien und Regensdorf in der Schweiz, um einige Beispiele zu nennen). Knastarchitektur beherrscht die Landschaft. Man kann kaum noch unterscheiden, ob es sich um einen Knast, eine Fabrik, eine Schule, eine Universität, ein Atomkraftwerk oder ein Altersheim

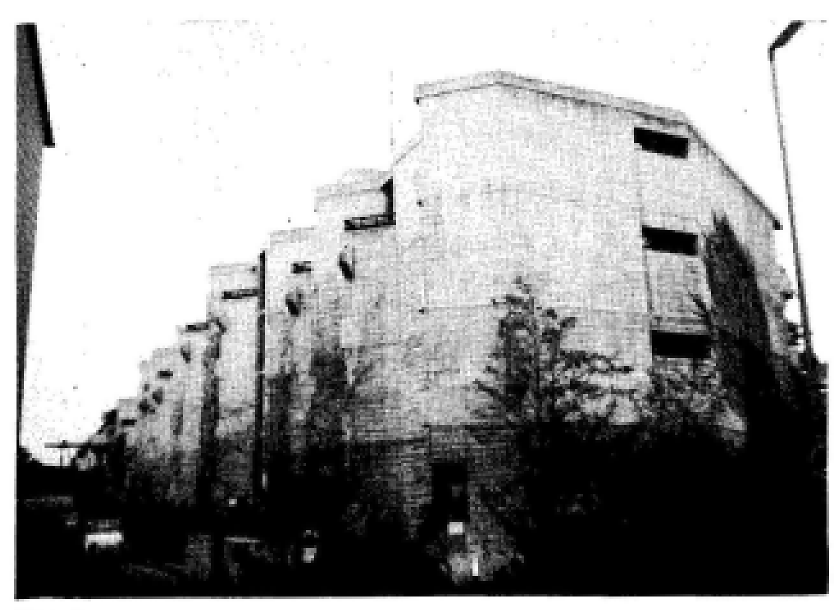


Bild 2

handelt. Gerade da sehen wir aber auch eine Möglichkeit, die Gemeinsamkeit der Isolierten herzustellen, ein Verständnis der Isolierten draußen für die Isolierten drinnen zu erwecken. Der Versuch, die Isolation zu durchbrechen, indem man sich gemeinsam und überall gegen die Isolation wehrt. Das ‚Reißt die Mauern ein' gilt nicht nur für die Knäste, Heime und psychiatrischen Anstalten, es gilt für jede Art Isolation.



Bild 3

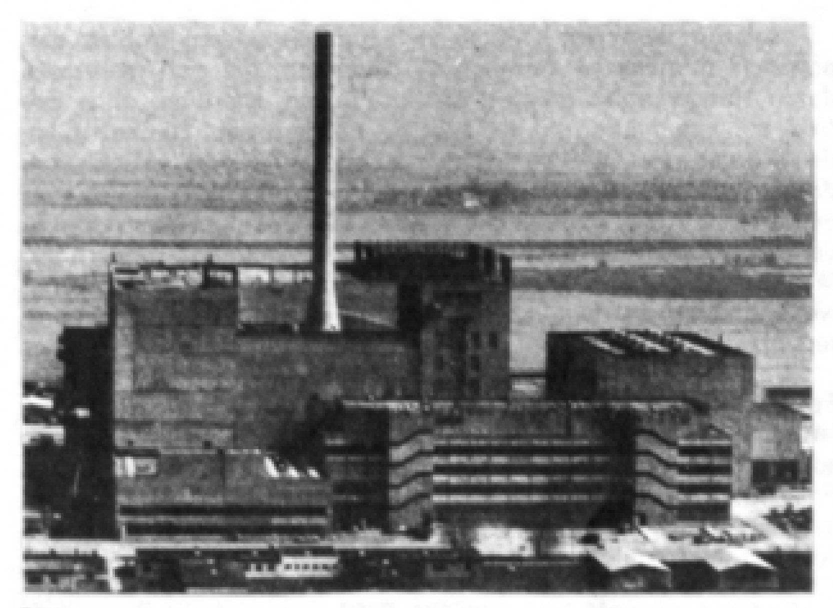


Bild 4

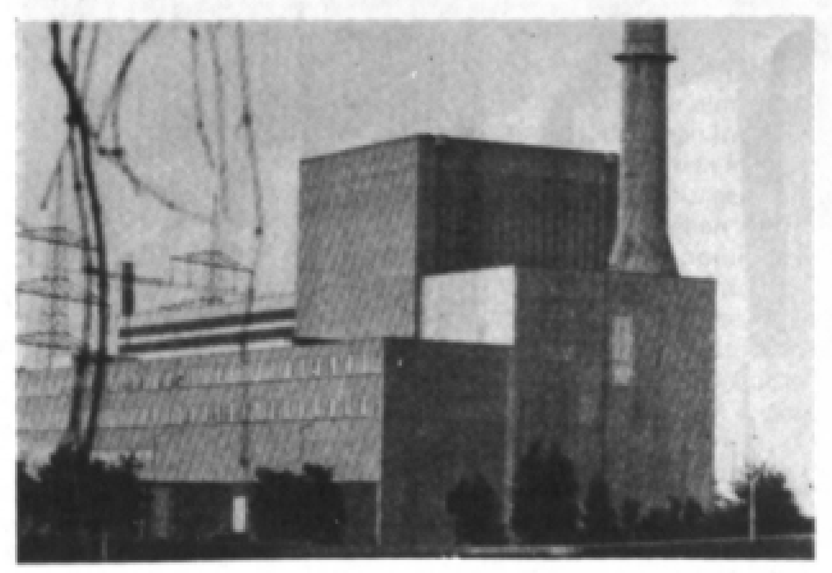


Bild 5

Isolation ist in den Knästen auch zum besonderen Problem der politisch motivierten Gefangenen geworden, die sich mehrmals durch Hungerstreiks dagegen gewehrt haben, allerdings ohne Erfolg, vor allem aufgrund der falschen Forderungen. Die Kritik an den Forderungen der Gefangenen aus der RAF, die sowohl von drinnen wie auch von draußen geäußert wurde, sollte endlich einmal ernsthaft diskutiert, nicht länger als Defätismus, Staatsschutzdenken, Abwiegelei oder Reformismus diskriminiert, sondern als Möglichkeit gesehen werden, auf einer anderen, breiteren Ebene weiterzukämpfen, die auch von draußen in größerem Rahmen unterstützt werden würde.

Dazu gehört auch, daß man den Avantgardeanspruch in jeder Form, sei es als ‚politischer Gefangener' im Gegensatz zum ‚sozialen' oder ‚normalen' Gefangenen, oder sei es als ‚Kriegsgefangener' aufgeben muß und sich als Gefangener unter Gefangenen sieht. Die Forderung nach Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen in der bestehenden Form ist nichts anderes als ein Ausdruck dieses Avantgardedenkens. Daß man dabei im Endergebnis noch den Vor-

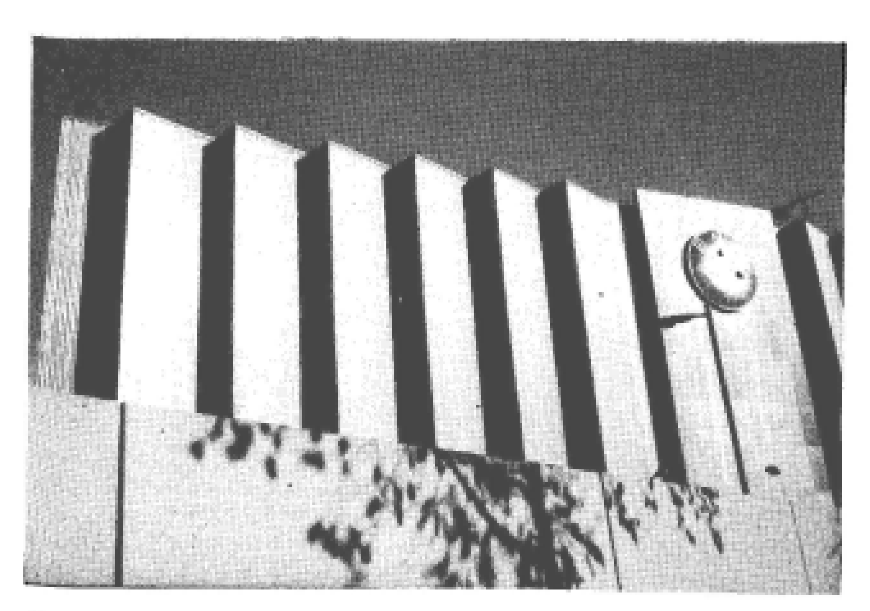


Bild 6

stellungen der Justiz entgegenkommt und die Hochsicherheitstrakts des Justizsenators Meyer als einen Erfolg des Hungerstreiks der ‚politischen' Gefangenen bezeichnet (siehe Erklärung von Till Meyer und Andreas Vogel), mutet wie ein makaberer Witz an und bestätigt nur, daß man selber an einem erfolgreichen Ausgang des Hungerstreiks gezweifelt hat.

Wer seine politische Identität nur in der permanenten Bestätigung durch Gleichdenkende erhalten zu können glaubt, beweist eigentlich nur die Schwäche dieser Identität und zimmert damit gleichzeitig an seinem eigenen Ghetto.

Wer sich im Knast nur ständig mit Gleichgesinnten auseinandersetzt, besser gesagt sich gegenseitig bestätigt, verliert den Bezug zur Realität und versteigt sich in abstrakte Forderungen. Für viele der Gefangenen aus der RAF war der Gedanke, nur vorübergehend im Knast zu sein und demnächst befreit zu werden, die einzige Hoffnung, um überleben, den Knast ertragen zu können. Das führte dazu, daß man den Knast als Perspektive, als eine Basis der Auseinandersetzung völlig außer Acht ließ und sich von den anderen Gefangenen isolierte. Um nach Schleyer und Mogadischu überleben zu können, sollte man den Knast als Perspektive und Basis einkalkulieren und sich auf einen gemeinsamen Kampf zusammen mit den anderen Gefangenen vorbereiten. Das heißt, daß man für eine Integration in den Normalvollzug kämpft und nicht für eine Trennung von den Anderen. Es stimmt einfach nicht, daß man in früheren Hungerstreiks für eine Integration eingetreten ist, man hat nur für eine Gleichstellung mit den anderen Gefangenen gehungert, ohne näher zu definieren, wie diese Gleichstellung aussehen sollte. Damals wurde zu Recht kritisiert, daß die sogenannten politischen Gefangenen aufgrund der politischen und materiellen Unterstützung von draußen, aufgrund ihrer Sozialisationsgeschichte, aufgrund der Möglichkeit, sich einen Anwalt ihrer Wahl zu leisten, sowieso schon eine privilegierte Position innehaben, und die Forderung nach Gleichstellung mit den anderen Gefangenen von diesen als Hohn empfunden wurde.

Wenn heute von Gefangenen aus der RAF erklärt wird, daß sich die Forderung nach Integration, die in dieser Form nie gestellt wurde, als nicht realisierbar erwiesen habe, und man deshalb davon Abstand genommen hätte, dann ist diese formale Erklärung nicht überzeugend, denn es gibt RAF-Gefangene, die sich dafür eingesetzt haben und die sich heute im Normalvollzug befinden. Sie ist

auch deshalb nicht überzeugend, weil seitdem in mehreren Hungerstreiks für die Durchsetzung anderer Forderungen (Anwendung der Genfer Konvention und die Anerkennung als Kriegsgefangene) gehungert wurde, die sich bisher tatsächlich als unrealisierbar erwiesen haben, trotzdem wurde immer wieder dafür eingetreten.

Die Integration in den Normalvollzug ist eine realistische Möglichkeit für ein Überleben im Knast, sie würde auch eine Wiederholung der Stammheimer Todesfälle nahezu ausschließen. Sie ist die einzige Möglichkeit für ein Überleben, weil der Mensch nur in der täglichen Auseinandersetzung mit anderen Menschen Stärke gewinnen und seine Identität wahren kann.



Bild 7

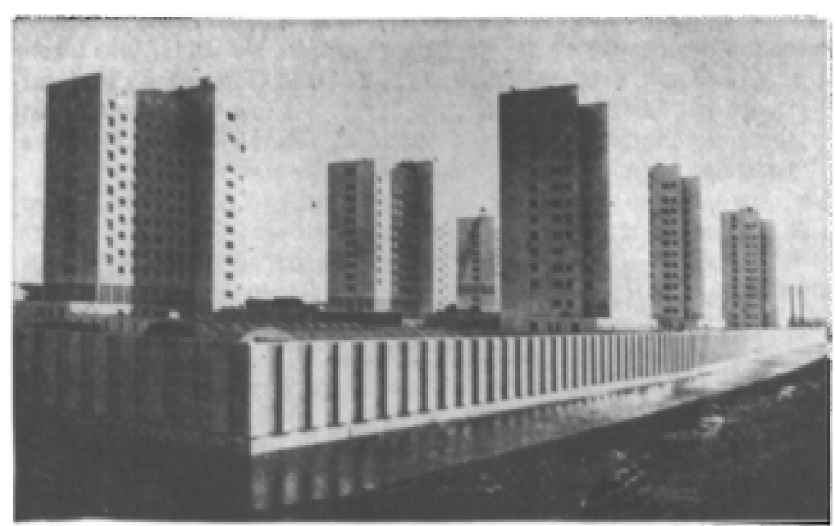

Bild 8


Bild 9

Diese Magna Charta ist natürlich nicht allein für die Gefangenen aus der Stadtguerilla erarbeitet worden, sie ist für alle Internierten gedacht, und die politisch motivierten Gefangenen sind nur ein winziger Teil der Internierten. Wenn wir uns länger mit ihnen auseinandergesetzt haben, so deshalb, weil durch sie der kollektive Widerstand in den Knästen und Heimen öffentlich gemacht wurde, weil sie die Thematik der Knäste und Heime problematisierten und dadurch eine breitere Öffentlichkeit herstellten.

Daß sie scheiterten, liegt vor allem daran, daß sie stets nur für ihre eigenen Forderungen kämpften und einen Sonderstatus beanspruchten, den wir energisch ablehnen. Alle Gefangenen sind politische Gefangene, und wo das erkannt wurde, wurde auch der Widerstand auf eine breitere Ebene gehoben, kam es zu einer Solidarisierung im größeren Rahmen, sei es in Höchst, in Straubing, Kaisheim, Preungesheim oder zuletzt in Berlin, wo die Gefangenen erkannt haben, daß die Hochsicherheitstrakts nicht allein für die sogenannten politischen Gefangenen errichtet wurden, sondern für jeden, der sich nicht anpaßt, der sich nicht dem Knastsystem unterwirft. Viele Gefangene haben auch schon lange vor der Verhaftung der Gefangenen aus der RAF militantere Methoden des Widerstandes praktiziert, vom Zerstören der Zelleneinrichtungen über Dachbesteigungen und Sit-Ins im Hof bis zu Arbeitsniederlegungen und Hungerstreiks. Derartiger Widerstand wird auch nötig sein, um für die Durchsetzung dieser Magna Charta zu kämpfen. Ihnen, denen alle Rechte genommen wurden, steht das Recht zu, mit aller Härte für mehr Rechte zu kämpfen.

Der letzte Hungerstreik in Berlin, an dem mehr als 200 Gefangene beteiligt waren, wird zum Signal für andere werden. In jedem Knast, in jedem Jugendheim, in jeder psychiatrischen Anstalt zwischen Berlin und Köln, zwischen Flensburg und Konstanz sollte die Magna Charta diskutiert werden. In jedem Knast, in jedem Jugendheim, in jeder psychiatrischen Anstalt zwischen Berlin und Köln, zwischen Flensburg und Konstanz sollte ein Forum des gemeinsamen Widerstands gebildet werden.

Wir rufen alle Internierten auf, sich diesem Kampf anzuschließen. Wir rufen alle Gefangenen aus der Stadtguerilla auf, auf jeden Sonderstatus zu verzichten und mit allen anderen gemeinsam für die Verbesserung der Haftbedingungen, für die Abschaffung jeder Art von Isolation und für die Integration in den Normalvollzug zu kämpfen.

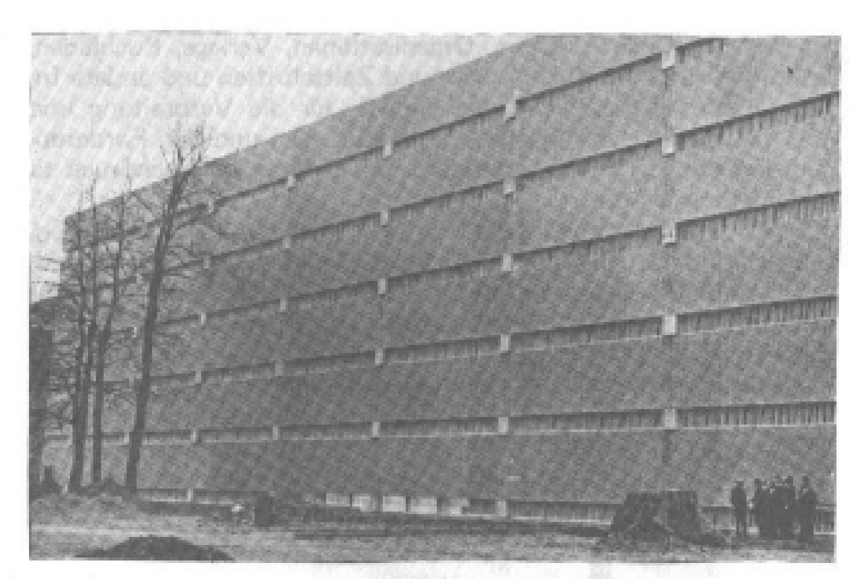


Bild 10



Bild 11

Wir rufen alle Gruppen, Organisationen, Verlage, Buchläden, linke und alternative Zeitungen und Zeitschriften und andere Institutionen, sowie Einzelpersonen auf, für die Verbreitung und Veröffentlichung der Magna Charta zu sorgen und den Forderungen von drinnen durch Unterstützung von draußen Nachdruck zu verleihen.

Wir rufen alle auf, Initiativen und Knastgruppen zu gründen, um sich für die Durchsetzung dieser Magna Charta einzusetzen, den Kampf für bessere Haftbedingungen zu unterstützen und mehr Öffentlichkeit für die Problematik der Knäste, Heime und psychiatrischen Anstalten herzustellen.

Gefangenenselbstinitiative Hamburg
Knastgruppe Wedding
Kollektiv Rote Hilfe München
Rote Hilfe Westberlin

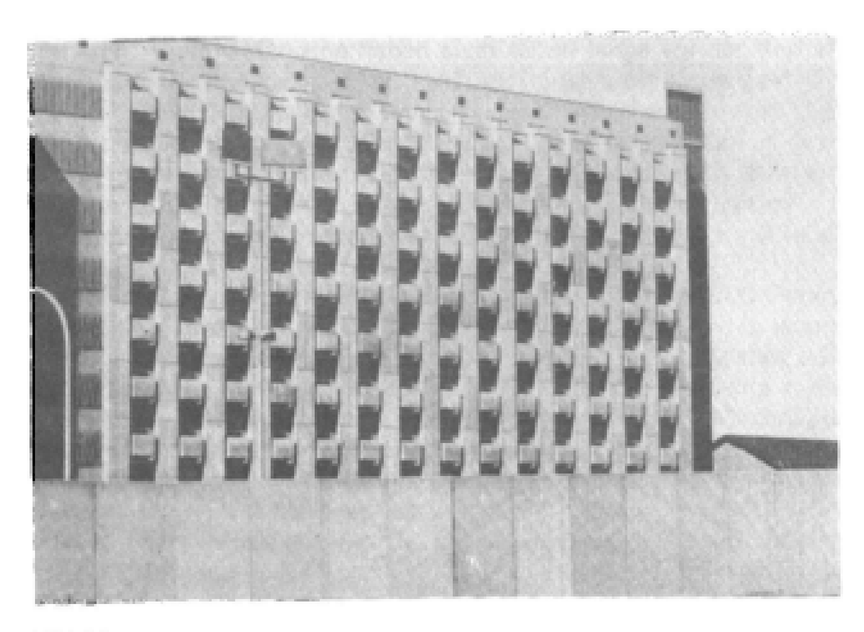


Bild 12

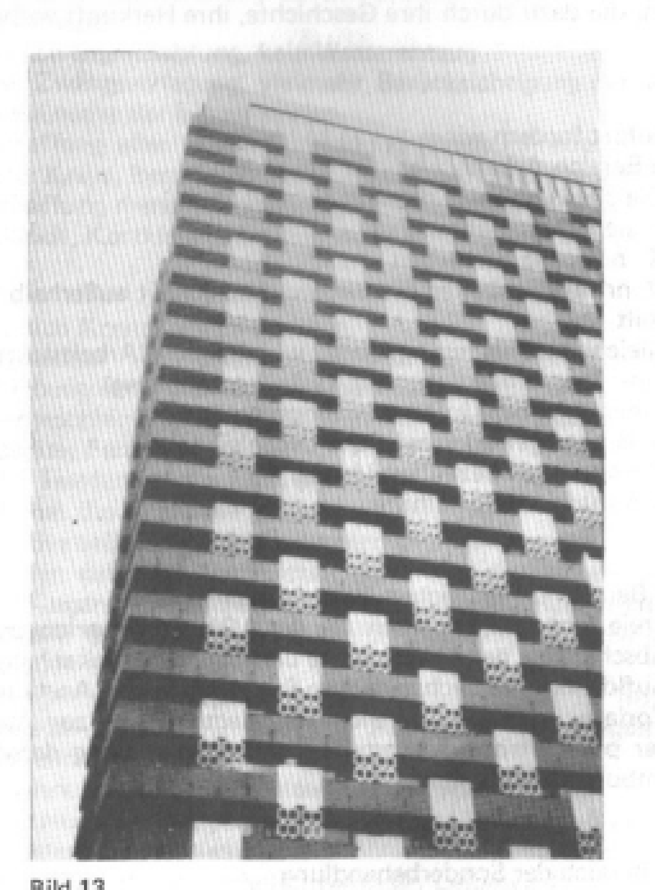


Bild 13

WIR FORDERN

die Abschaffung der Internierung ökonomisch, politisch und rechtlich entwerteter Menschen in den Strafanstalten, psychiatrischen Verwahranstalten und Fürsorgeanstalten; wir fordern die Abschaffung der Verurteilung, Verwahrung und Einsperrung von Menschen, die dazu durch ihre Geschichte, ihre Herkunft vorbestimmt sind.

Für sofort fordern wir

1. im Bereich Arbeit

- Gleicher Lohn wie draußen
- Freie Arbeitswahl
- Kein Zwang zur Arbeit
- Mehr Möglichkeiten für unbewachte Arbeit außerhalb der Anstalt
- Gleicher Versicherungsschutz wie draußen (Arbeitslosen-, Renten-, Krankenversicherung, Unfallversicherung)
- Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften
- Recht auf gewerkschaftliche Organisierung
- Anspruch auf bezahlten Urlaub
- Anspruch auf Sozialhilfe

2. im Bereich der ärztlichen Versorgung

- Freie Arztwahl, die jedem bei der AOK Versichertem zusteht
- Abschaffung der Anstaltsärzte und Anstaltskrankenhäuser
- Auflösung der psychiatrischen Stationen in den Anstalten
- Vorlage konkreter, zeitlich festgelegter Pläne zur Auflösung der psychiatrischen Anstalten und Umwandlung derselben in ambulante Stationen

3. im Bereich der Sonderbehandlung

- Abschaffung der Einzelisolation
- Keine Aufspaltung der Eingesperrten nach Delikt, Alter, Geschlecht, Nationalität, nach körperlichem (z. B. Behinderte) oder psychischem (z. B. Suizidgefährdete) Zustand durch Absonderung; keine speziellen Anstalten, Gebäude, Trakts und Abteilungen

- Abschaffung aller Hausstrafen (Arrest, Einkaufssperre, Besuchssperre etc.)
- Beseitigung der Sichtblenden und Fliegengitter vor den Fenstern
- Keine Zwangsbehandlung durch Psychopharmaka und andere Medikamente
- Keine Zwangsernährung, kein Wasserentzug
- Keine Zwangsverlegung, vielmehr Berücksichtigung der Verlegungswünsche der Eingesperrten
- Abschaffung aller Gewaltanwendung (Prügelkommando, Chemische Keule, Beruhigungszelle, Fesselung, Zwangsjacke etc.)
- Abschaffung menschenunwürdiger Behandlung (Körperfilzung, Guckloch, Kostklappe, Beobachtung rund um die Uhr etc.)

4. im Bereich Kontakt nach draußen

- Unzensierter und uneingeschränkter Briefverkehr (so auch Aufhebung der Briefmarkenbeschränkung in Bayern)
- Uneingeschränktes Informationsrecht (Bücher, Zeitungen, Radiogeräte, Fernseher etc.)
- Freier Telefonverkehr nach draußen
- Jeder hat das Recht auf Urlaub und Ausgang
- Freie Sexualität für alle Eingesperrten untereinander, wie auch mit allen außerhalb der Anstalt, zu fördern durch mehr Urlaub oder Ausgang, durch die Bereitstellung von Möglichkeiten dazu innerhalb der Anstalt und durch Besuchsmöglichkeiten in der jeweiligen Unterkunft
- Verlängerung der Besuchsdauer auf mindestens 10 Stunden monatlich, über deren zeitliche Aufteilung der Eingesperrte selbst entscheiden kann
- Ausdehnung der Besuchszeiten auf 6 Stunden täglich
- Erweiterung der möglichen Besucherzahl bei einem Besuch auf mindestens 5 Personen
- Abschaffung der menschenunwürdigen Leibesvisitation von Besuchern
- Keine Einschränkung des Empfangsbereiches bei Radiogeräten bzw. bei Fernsehern auf der Zelle
- Jeder hat das Recht vierteljährlich ein Paket a 20 kg mit Nahrungs- und Genußmitteln, neuer Kleidung und Gebrauchsgegenständen zu erhalten

5. für Frauen und Kinder
- Kein Knast für Frauen während der Schwangerschaft
- Haftaufschub für Hauptbezugspersonen von Kleinkindern
- Entscheidungsfreiheit für ältere Kinder und Jugendliche, wo und mit wem sie leben wollen

6. für Ausländer
- Jeder Ausländer hat das Recht auf einen selbstgewählten, vom Staat finanzierten Dolmetscher
- Kein Entzug der Aufenthaltsgenehmigung bei Straftaten
- Recht auf eigensprachige Lektüre

7. im Bereich Unterbringung
- Jeder hat das Recht auf eine ausreichende Wohnfläche
- Freies und individuelles Gestalten der Unterkunft
- Freie Entscheidung über Einzel- oder Mehrfachunterbringung
- Offene Zellen bis 23 Uhr zur freien Bewegung in den einzelnen Gängen bzw. Stationen
- Steckdose, Lichtschalter, Thermostat und Fenster zur eigenen Bedienung in jeder Zelle

8. im Bereich Freizeit
- Recht auf Ausbildung, Weiterbildung und Umschulung; Ausbau des Bildungsangebotes; Bereitstellung von Lern- und Ausbildungsmaterial; Recht auf Ausbildungsförderung
- Mehr Gemeinschaftsräume und Anschlagtafeln zum Informationsaustausch
- Hof und Gemeinschaftsräume dürfen in der Freizeit uneingeschränkt benutzt werden
- Recht zum Tragen eigener Kleidung
- Selbstständige Gestaltung des Kulturprogramms (Film, Fernsehen, Hörfunk, Anstaltszeitung, Bibliothek etc.)
- Auf jeder Station eine Kochmöglichkeit
- Freier Zugang zu den Wasch- und Duschräumen
- Ausbau der Sportmöglichkeiten

9. im Bereich Einkauf
- Breitgefächertes Angebot und Preise, die an den regionalen Durchschnittspreisen draußen orientiert sind
- Erhöhung des Einkaufs auf DM 300,-- monatlich
- Sämtliche Gelder dürfen zum Einkauf verwendet werden; Abschaffung des speziell zum Einkauf bestimmten Geldes
- Mindestens einmal wöchentlich Einkauf, bei schnell verderblicher Ware öfter
- Eigene Läden in jeder Anstalt
- Jeder Gefangene kann selbst zum Einkaufen gehen

10. im Bereich Essen
- Besseres Essen, d. h. gleiches Essen für Bedienstete und Eingesperrte, genügend Eiweiß, genügend Vitamine, genügend Nährstoffe
- Abschaffung der Lebensmittelrationierung
- Bessere Getränke (Bohnenkaffee und Schwarzer Tee)

11. im Gesetzesbereich
- Gleiche Ausführungsbestimmungen zu bestehenden Gesetzen für Internierte und einheitliche Auslegung der Gesetze und der Ausführungsbestimmungen in allen Bundesländern
- Abschaffung der Sicherheitsverwahrung, der Einweisung auf unbestimmte Zeit und der Jugendstrafe von unbestimmter Dauer (Gummistrafe)
- Aktives und passives Wahlrecht für alle
- Versammlungs- und Organisationsrecht; Recht auf eine unabhängige, selbstverwaltete Interessenvertretung mit Mitbestimmungsrechten im anstaltsinternen Bereich und mit Mitspracherechten im Bereich der Gesetzgebung und der Rechtsprechung bezüglich der Haft- bzw. der Verwahrsituation (z. B. bei Beschwerden, Drittelgesuchen)
- Abschaffung der Pflicht- bzw. der Zwangsverteidigung und Abschaffung des diskriminierenden Armenrechts
- Freie Anwaltswahl für alle, auch für Strafgefangene; bei Zahlungsunfähigkeit muß der Staat die anfallenden Kosten (Anwalt, Gutachter, Sachverständiger, Dolmetscher, Zeuge, Verfahren) übernehmen.

Darüber hinaus fordern wir

die sofortige Umwandlung aller geschlossenen Fürsorge- und Erziehungsanstalten in offene Einrichtungen bzw. in unabhängige, selbstverwaltete Jugendwohngemeinschaften

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Kollektiv Rote Hilfe München
Nietzschestr. 7b
8 München 40

V.i.S.d.P.:
Jürgen Fladung
Robert-Koch-Str. 16
8 München 22

Eigendruck im Selbstverlag

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN
(freie Übersetzung von Gianfranco Manfredini's „Liberiamo")

Befreien wir Notarnicola,
Befreien wir Heißler und Pohle,
Befreien wir P. P. Zahl, Teufel, Inga Möller.
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
Befreien wir den Genossen Matyeka,
der fünf Tage auf dem Knastdach saß.
Befreien wir Dimi Todorov,
der jede Bank der Welt knacken kann.
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
Befreien wir die, die in der Klapse faulen,
die man in der Psychiatrie eingemauert hat.
Befreien wir die Soldaten, die als Fahnenflüchtige verurteilt sind.
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
Befreien wir die Leute im Wohnsilo,
deren Leben sich nur im Fernsehen abspielt,
die sich eingesperrt haben in der Zweisamkeit, in der Familie.
– SIE SIND ALLE POLITISCHE GEFANGENE!
Befreien wir die, die gezwungen werden in die Schule zu gehen.
Befreien wir die, die zur Arbeit gehen müssen,
vertreiben wir alle Lohnarbeiter von unserer Erde.
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
Befreien wir die Neugeborenen, die verpackt sind
hinter den Scheiben steriler Kliniksäle.
Befreien wir die, die im Ghetto leben müssen,
in das man sie wegen ihrer Sexualität getrieben hat
– SIE SIND ALLE POLITISCHE GEFANGENE!
Befreien wir unseren Körper,
befreien wir unsere Phantasie.
Befreien wir die Kreativität von den Fesseln der Vernunft.
DAS SIND ALLES POLITISCHE GEFANGENE!